

# 1 Im Zeitalter der neuen Technologien: Freiheit, Privatsphäre & uns schützen!

2 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

3 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## 4 **Umgang, Einsatz und Auswirkungen von neuen Technologien allgemein:**

5 Neue Technologien bieten vielfältige Möglichkeiten unser gesellschaftliches Miteinander neu zu  
6 gestalten. Sie können jedoch keine pauschale Lösung anbieten. Vor dem staatlichen Einsatz einer  
7 neuen Technologie muss fallspezifisch für jede Einzelne abgewogen werden, ob die Anwendung der  
8 Technologie eine Verbesserung zum Status Quo darstellt. Dabei sollten folgende fünf Punkte bedacht  
9 werden:

10 1) Neue Technologien bieten oft vermeintlich einfache Antworten auf komplexe Fragen und können  
11 somit politisch gut vermarktet werden. In der medialen Darstellung mag ein Schlagwort die „Lösung“  
12 darstellen, in der Realität greifen diese jedoch oft zu kurz. So werden zum Beispiel  
13 Vorratsdatenspeicherung zur Bekämpfung von Terror und Videoüberwachung gegen Drogen- und  
14 Bandenkriminalität präsentiert. Es ist offensichtlich, dass dies negative Erscheinungen komplexer  
15 gesellschaftlicher Prozesse sind, die nicht durch eine einzelne plakative Maßnahme gelöst werden  
16 können. Es wird vergeblich probiert, mit technischen Ansätzen soziale Probleme zu lösen. Allenfalls  
17 tragen diese Maßnahmen jedoch zur Bekämpfung der oberflächlichen Symptome bei.

18 2) Neue Technologien produzieren Daten und erlauben es, diese zu extrahieren, zu verarbeiten,  
19 auszuwerten und zu manipulieren. Wenn diese Daten einmal vorhanden sind, ist es sehr schwer ihren  
20 Missbrauch zu verhindern. Zum Einen kann nicht erfasst werden, welche Informationen tatsächlich  
21 gespeichert und verarbeitet werden. Es existieren zwar Regeln und Kontrollorgane (Parlament,  
22 Verfassungsgericht), um das Überschreiten von Zuständigkeiten wie den unerlaubten Eingriff in die  
23 Privatsphäre und Datenschutz-Verletzungen zu verhindern. Jedoch ist es faktisch technisch unmöglich  
24 den Daten-Zugriff zielfokussiert zu begrenzen. Dies führt dazu, dass in aller Regel mehr Daten als nötig  
25 erhoben werden und der Bürger darauf vertrauen muss, dass die Behörden die Daten nicht  
26 unzweckmäßig verwenden. Zum Anderen können einmal vorhandene Daten durch Sicherheitslücken  
27 in falsche Hände geraten bzw. bei Verschiebung der vorherrschenden politischen Interessen oder  
28 einem Regime-Wechsel missbraucht werden. Da es keine Garantie gibt, dass mit den heute  
29 gespeicherten Daten in zehn Jahren nach den jetzigen Vorstellungen umgegangen wird, müssen  
30 Strukturen aufgebaut werden, die das Speichern unnötiger Daten verhindern (Grundsatz der  
31 Datensparsamkeit).

32 Mit immer mehr Informationen, die den Behörden zur Verfügung stehen, steigt die  
33 Wahrscheinlichkeit, dass sich darunter etwas Belastendes befindet. So könnte z.B. aus der  
34 Bekanntschaft mit Personen aus vermeintlichen „Risikogruppen“ ein Verdachtsmoment konstruiert  
35 werden. Dies würde ermöglichen, hiermit bei sehr viel mehr Menschen einen signifikanten  
36 Grundrechtseingriff zu rechtfertigen. Die ursprüngliche Unschuldsvermutung wäre ausgesetzt.

37 Wir sehen einen Wandel von repressiven (aufklärende) zu präventiven (vorbeugenden) polizeilichen  
38 Maßnahmen. Hierbei stützen sich die präventiven Maßnahmen auf Daten und Algorithmen und nicht  
39 auf tatsächliche und individuelle Indizien. Die Gefahr ist, vor allem bei komplizierten Algorithmen, dass  
40 Verdachtsmomente und Grundrechtseingriffe nicht auf Fakten, sondern auf Statistik und  
41 Wahrscheinlichkeiten beruhend geschehen. Unbescholtene Verdächtige sind also unausweichlich.

42 3) Ein Technologie-Optimismus lässt sich beobachten, welcher sich im blinden Vertrauen in die Technik  
43 äußert. Insbesondere wenn eine neue Technologie es erlaubt, Zeit, Geld und Arbeitsaufwand zu  
44 sparen, wird sie vermehrt in Behörden und entscheidenden Gremien genutzt, auch wenn sie formell  
45 nicht für den spezifischen Einsatzfall zugelassen ist. Die gefühlte Objektivität und Unanzweifelbarkeit  
46 einer durch den Computer empfohlenen Entscheidung führt insbesondere gepaart mit Zeitdruck zur  
47 Umsetzung der Handlungsempfehlung ohne weitere Plausibilitätsprüfung. Dies führt zu fatalen  
48 Fehlentscheidungen wie z. B. der unrechtmäßigen Abschiebung eines Kurden aus dem Irak, bei dem  
49 eine Spracherkennungssoftware zur Identitätsfeststellung genutzt wurde, obwohl diese seine  
50 Muttersprache nicht im Repertoire hatte. Ein positives Ergebnis war also von vorneherein  
51 ausgeschlossen.

52 4) Digitale Ansätze erfordern meist ein hohes Abstraktionslevel, weshalb es vielen Bürger\*innen  
53 schwer fällt, inhaltlich der öffentlichen Diskussion zu folgen oder sich zu beteiligen. Viele Menschen  
54 fühlen sich überfordert, und denken, ihr technisches Wissen reiche nicht, um an der Diskussion  
55 teilzunehmen. Die Auswirkungen des Technologie-Einsatzes betreffen jedoch Jede\*n, weshalb es  
56 wichtig wäre, Menschen durch digitale Bildung solche Fähigkeiten zu verleihen, aber auch  
57 Bürger\*innen mit Alltagswissen einzubeziehen. Hinzu kommt, dass es (noch) wenig Nicht-  
58 Regierungsorganisationen gibt, die sich mit den Auswirkungen von Technik auf unsere Gesellschaft  
59 befassen und deshalb negative Folgen von neuen Technologien selten erkannt und thematisiert  
60 werden. In einer lebendigen Demokratie müssen alle Seiten ausreichend vertreten sein. Vor diesem  
61 Hintergrund ist es besonders wichtig, die Empfehlungen von Expert\*innen (z.B. CCC) bzgl. neuer  
62 Technologien und deren Einsatz in den politischen Entscheidungsprozess aufrichtig einzubeziehen.

63 5) Desweiteren sind die gesellschaftlichen Folgen vom Einsatz neuer Technologien schwer im Vorhinein  
64 abzusehen. So reproduzieren und verfestigen beispielsweise Machine-Learning Algorithmen  
65 bestehende Machtstrukturen. Hinzu kommt, dass unbekannt ist, wie diese Algorithmen zu ihren  
66 Ergebnissen kommen. Dies widerspricht unserem Verständnis von Rechtsstaat, in dem jegliche  
67 Verurteilung bzw. Verdächtigung auf realen Beweisen beruhen muss und nicht aufgrund statistischer  
68 Wahrscheinlichkeiten aufgemacht werden darf.

69 Aus den genannten Gründen halten wir eine gewisse Skepsis gegenüber neuen Technologien und  
70 kritisches Hinterfragen der Notwendigkeit ihres Einsatzes für unbedingt notwendig. Wir dürfen auf  
71 keinen Fall in einen Technologie-Optimismus verfallen und diesen für politische Zwecke nutzen ohne  
72 tiefergehend über Konsequenzen nachgedacht zu haben. Die obige Auflistung ist allgemein formuliert  
73 und da jede Technologie spezifische Risiken birgt, muss jeder Punkt im Einzelfall vor dem Einsatz einer  
74 neuen Technologie umfangreich geprüft werden.

## 75 **Risiken und Nebenwirkungen von Videoüberwachung:**

76 In Berlin kann derzeit eine hohe Aufmerksamkeit für das Thema Videoüberwachung beobachtet  
77 werden, die mit einem scheinbaren Rückhalt für die Technologie von großen Teilen der Bevölkerung  
78 einhergeht. Dieser Befürwortung trägt allerdings und spiegelt unserer Meinung nach nicht die  
79 Auffassung der Mehrheit der Bevölkerung dar. Vielmehr wird durch geschickte Wortwahl ein  
80 generelles Unsicherheitsgefühl der Bürger\*innen emotional umgedeutet und damit ein hohes Maß an  
81 Zustimmung erreicht. Es wird hier also eine vermeintlich simple Antwort als Patentlösung für ein  
82 komplexes Problem präsentiert. Allerdings wird die angesprochene Unsicherheit auf einen sehr eng  
83 gefassten Sicherheitsbegriff reduziert, der lediglich auf Straftaten im öffentlichen Raum konzentriert  
84 ist. Jedoch sind ein Großteil der existenten Bedrohungen für das subjektive (Zukunfts)sicherheitsgefühl  
85 der Bürger\*innen nicht Straftaten, sondern viel alltägliche Ängste, wie die Angst vor Arbeitslosigkeit  
86 oder Wohnraumverdrängung, wie auch bereits im Entwurf des Beschlusstextes „Sicher leben in Berlin

87 – wir wollen Urbane Sicherheit!“ festgehalten. Wir befürworten deshalb diesen allumfassenderen  
88 Sicherheitsbegriff von „Urbaner Sicherheit“, der tatsächliche Ängste der Bevölkerung besser aufgreift.

89 Zum Sicherheitsbegriff gehört auch die Sicherheit vor willkürlichem Eingriff in die eigenen Rechte und  
90 die Privatsphäre durch den Staat.

91 Die Berliner SPD hat dabei bereits erkannt, dass die Bekämpfung von Straßenkriminalität hierbei nur  
92 die Symptombekämpfung ist, es aber eigentlich einer Beseitigung der sozialen Ursachen bedarf. Um  
93 handlungskompetent zu wirken, wird häufig jedoch weiterhin publikumswirksamen an dieser  
94 Symptombekämpfung gearbeitet. Das Ausnutzen des großen Begriffs der Sicherheit für einen so stark  
95 verkürzten Anteil daran wurde unter anderem durch PR-Aktionen der Initiative für einen  
96 Volksentscheid für mehr Videoüberwachung erfolgreich als Gegenstand einer öffentlichen Debatte  
97 gesetzt und als Lösung für ein Sicherheitsproblem propagiert. Dieser Einschränkung des  
98 Sicherheitsbegriffs muss die Berliner SPD weiterhin entgegenwirken, da sie verkürzt, aber  
99 öffentlichkeitswirksam ist und die wahren Ursachen des Unsicherheitsgefühls verkennt. Die SPD darf  
100 diese Argumentation nicht einfach so übernehmen, sondern muss klarstellen, dass es sich dabei um  
101 Populismus handelt, der die eigentlichen Probleme und Unsicherheiten der Menschen nicht anfasst.

102 Natürlich ist die Verhinderung von Straftaten ein legitimes Interesse der Bürger\*innen gegenüber dem  
103 Staat. Auch die Jusos Berlin wünschen sich eine Reduzierung der Kriminalität. Viel besser geeignet als  
104 Videoüberwachung zur Erreichung dieses Ziels sind jedoch andere Maßnahmen. Man könnte zum  
105 Beispiel Community Policing in Erwägung ziehen.

106 Das Ausbauen von Videoüberwachung bedeutet einen massiven Eingriff in die Persönlichkeitsrechte  
107 [1] und die Privatsphäre. Privatsphäre gilt es nicht nur zu schützen, weil dieses Grundrecht im  
108 Grundgesetz verankert ist, sondern auch weil eine verschwindende Privatsphäre zu mehr Konformität  
109 und im Extremfall einem Stillstand gesellschaftlicher Weiterentwicklung führt. Das große Paradoxon  
110 der Videoüberwachung ist, dass seit Jahren eine Grundrechtsbescheidung zu Gunsten der  
111 Videoüberwachung zu beobachten ist, obwohl die Wirksamkeit der Videoüberwachung zur  
112 Verbrechensverhinderung– oder Aufklärung nicht wissenschaftlich belegt ist [2]. Das Risiko eines  
113 Missbrauchs der Daten, ein dauerhaftes Gefühl der Überwachung, Grundrechtseinschränkungen im  
114 Bereich der Bewegungs- und Meinungsfreiheit, die Begrenzung des Rechts auf Privatsphäre und die  
115 Gefahr eines falschen Alarms überwiegen den geringen Beitrag zur Aufklärung bei Weitem. Wir opfern  
116 also die Grundpfeiler unserer Demokratie für ein Instrument, dessen objektiver Nutzen nicht gegeben  
117 ist. Wir möchten klar festhalten, dass die Risiken und Nebenwirkungen, die mit dem Einsatz von  
118 Videoüberwachung einhergehen und die Einschnitte in die Grundrechte von Bürgern nicht  
119 gerechtfertigt sind. Im Ergebnis ist die Videoüberwachung also wenig geeignet zur  
120 Kriminalitätsbekämpfung. Sie ist weder erforderlich noch angemessen.

121 Wurde anfangs damit argumentiert, dass Videoüberwachung ein wirksames Mittel zur  
122 Verbrechensvorbeugung und –bekämpfung sei, bezweifelt heute auf direkte Nachfrage keiner mehr,  
123 dass Videoüberwachung letztlich nur verdrängende Effekte zeigt und möglicherweise das subjektive  
124 Sicherheitsgefühl erhöht. Dennoch werden Forderungen danach nicht hinterfragt.

125 Dass Videoüberwachung sich insbesondere in der Politik dennoch hoher Sympathie erfreut, liegt  
126 unseres Erachtens zum Einen daran, dass sie gut vermarktet werden kann. Ein einziges Verbrechen,  
127 dass mit Hilfe von Kameraaufnahmen aufgeklärt werden konnte, übertrumpft medial die hohe Anzahl  
128 ungelöster Fälle und verzerrt so das Bild der Wirklichkeit. Zum Anderen liefert sie den Entscheidern  
129 mehr Befugnisse und Informationen. Es besteht also ein gewisses Eigeninteresse des Staates an mehr  
130 Videoüberwachung.

131 **Wir fordern eine aufrichtige Politik, die den Mut hat über die wirkliche Wirksamkeit und den wahren**  
132 **Wert von Videoüberwachung zu sprechen und gleichzeitig Schutzrechte des\*der Bürger\*in**  
133 **gegenüber dem Staat hoch genug hält sie dafür nicht zu beschneiden. Wir erwarten eine Politik, die**  
134 **den Wert der Grundrechte verteidigt und klar stellt, dass politische Sicherheit und Stabilität nur**  
135 **durch die Sicherung einer starken und emanzipierten Position der Gesellschaft erfolgen kann.**

136 **Wir sind nicht bereit Grundrechte abzugeben, um ein subjektives Sicherheitsgefühl von Teilen der**  
137 **Bevölkerung zu stärken, das aus sozialen Unsicherheiten entspringt und real durch**  
138 **Videoüberwachung nicht verbessert werden kann.**

139 Weiterhin gibt es die Forderung nach pauschalen Gesetzen, sodass die eingesetzten  
140 Überwachungsformen immer auf das technisch aktuell Machbare ausgeweitet werden sollen. Durch  
141 diese Bestrebung, Überwachung pauschal auszuweiten, wie es nur technisch möglich ist, verlieren wir  
142 die Fähigkeit, die einzelnen Maßnahmen auf Folgen und Tauglichkeit kritisch zu überprüfen. Die von  
143 uns oben dargelegte Einzelfallprüfung könnte und würde demnach nicht mehr stattfinden, stattdessen  
144 könnte die Exekutive unbemerkt von der Öffentlichkeit neue Instrumente einführen. Für die  
145 Bevölkerung wäre demnach nicht klar ersichtlich, unter welchen Umständen sie fälschlicherweise in  
146 Verdacht geraten würden. Dies widerspricht zum Einen unseren Freiheitsrechte, weil Bürger\*innen  
147 das Recht haben müssen, in ihrem Verhalten und ihren Äußerungen nicht befürchten zu müssen, dass  
148 man diese fälschlicherweise als verdächtig verstehen kann. Zum Anderen verstärkt es ein diffuses  
149 Gefühl des Überwachtwerdens. Grundlegende Freiheiten, wie Demonstrationsrecht und  
150 Bewegungsfreiheit, sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung, würden dann nicht mehr  
151 unbefangen wahrgenommen werden können. Außerdem wird es dem Individuum nahezu unmöglich  
152 gemacht, sein Recht auf informationelle Selbstbestimmung wahrzunehmen. Eine pauschalisierte  
153 Zustimmung zu neuen Technologien ist demnach unbedingt zu vermeiden. Hierbei sollte auch die  
154 Möglichkeit der (Aus-)Nutzung und Verarbeitung der Daten in Zukunft z.B. bei veränderter politischer  
155 Lage oder Verschiebung unserer heutigen freiheitlich-demokratischen Werte beachtet werden (s.  
156 oben).

157 Der Einsatz von Technologien die über die reine Videoaufzeichnung hinaus gehen, lassen sich heute  
158 anhand von der Auswertung gespeicherter Daten mit Hilfe von Gesichtserkennungssoftware, aber  
159 auch der Echtzeitanalyse im Rahmen sogenannter intelligenter Kameras beobachten. Hieran können  
160 potenzielle Gefahren für zukünftige Entwicklungen erahnt werden. Ein Beispiel ist das Berliner  
161 Pilotprojekt am S-Bahnhof Südkreuz, bei welchem Passant\*innen mit einer biometrischen Datenbank  
162 abgeglichen und automatisch identifiziert werden. Wenn solch „intelligente“ Kameras flächendeckend  
163 eingesetzt werden, können ganze Bewegungsprofile von Menschen erstellt werden und Jahrzehnte  
164 lang gespeichert werden. Ein Recht auf Anonymität und informationelle Selbstbestimmung ist dann  
165 nicht mehr gegeben. Von Bewegungsfreiheit kann nicht mehr die Rede sein, da es keine Möglichkeit  
166 sich der Überwachung (und Verdächtigung) zu entziehen. Die legalisierte Möglichkeit der  
167 massenhaften Identifizierung in Echtzeit ist ein enormer Schritt hin zu einem Überwachungsstaat.  
168 Aufgrund der Unsicherheit wie die Daten ausgewertet werden und der potenziell unsicheren  
169 Speicherung dieser höchst persönlichen Daten beginnt das Problem des Datenschutzes bereits bei der  
170 Datensammlung und nicht erst bei Auswertung. Das oberste Gebot zum Schutz der Bürgerrechte sollte  
171 also Datensparsamkeit sein.

172 Ein weiteres grundlegendes Problem solcher intelligenter Systeme ist es, dass sie auf lernfähigen  
173 Algorithmen basieren, bei denen selbst dem Programmierer keine klare Grenze zwischen verdächtig  
174 und unverdächtig bekannt ist. Verhalten und Verdachtsmomente werden aufgrund statistischer  
175 Methoden vom Algorithmus erlernt und schließlich zur Entscheidung zwischen verdächtig und nicht

176 verdächtig unterschieden. Dabei sind Algorithmen sind nicht objektiv, sondern verstärken bestehende  
177 Muster der Ungleichheit in der Gesellschaft. Die Beurteilung durch die im Moment eines  
178 Verdachtsmoments alarmierte Polizei unterliegt dem Bias der Entscheidungsempfehlung des Systems.  
179 Im Zweifel wird es schwierig sein die eigene Unschuld zu beweisen, nachdem man vom intelligenten  
180 System als auffällig eingestuft wurde. Es muss unbedingt verhindert werden, dass wir die  
181 Unschuldsvermutung aufgeben und Menschen stattdessen aufgrund von Statistik und unklaren  
182 Entscheidungskriterien verdächtigen. Welche große Zahl von Falschverdächtigungen, die im  
183 besonderen und wiederholenden Maße Personen und Minderheiten treffen wird, die von  
184 durchschnittlichen Verhaltensmustern abweichen, kann am Beispiel des Pilotprojekt Südkreuz erahnt  
185 werden. Hier wurde eine Erkennungsquote von 70% bejubelt. Dem entgegen steht eine Fehlerquote  
186 von 1%, d.h. jeder 100. Passant wird fälschlicherweise als verdächtig erkannt (false-positive-  
187 Paradoxon). Bei 100.000 passierenden Personen am Tag, bedeutet das bis zu 1000 fehlerhafte  
188 Verdächtigungen am Tag. Dem nachzugehen ist zum Einen nicht umsetzbar, weshalb die Technologie  
189 faktisch nicht genutzt werden kann. Weiterhin würde es zu einer unnötigen Mehrbelastung für die  
190 Polizei führen. Zum Anderen bedeutet dies einen schleichenden Demokratieabbau, da immer kleinere  
191 auffällige Verhalten als Vergehen gewertet werden und zu einer Rechtfertigung gegenüber  
192 Staatsorganen verpflichten.

193 Abschließend lässt sich noch einmal betonen, dass Videoüberwachung keinen Einfluss auf die Anzahl  
194 verübter Straftaten hat, sondern lediglich auf das subjektive Sicherheitsempfinden [3]. Es ist somit  
195 Augenwischerei gegenüber dem\*der Bürger\*in mit einer realen Erhöhung der Sicherheit zu  
196 argumentieren. Stattdessen ist eine Absenkung der Zivilcourage zu erwarten, da Menschen  
197 fälschlicherweise annehmen werden, die Kameras würden verlässlich eine gefährliche Situationen  
198 erkennen, analysieren und die Sicherheitskräfte alarmieren. Wenn es also nur darum geht das  
199 subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen zu stärken, müssen Maßnahmen gefunden werden, die  
200 weniger Freiheitsrechte beschneiden und nicht an den Grundwerten unserer Demokratie rütteln.

201 Wir fordern daher von der SPD eine deutliche und mutige Aussage über die Nichtwirksamkeit von  
202 Videoüberwachung sowie dem Hochhalten und Betonen der Wichtigkeit von Grundrechten für unser  
203 erhaltenswertes politisches System. Wir fordern einen rationalen Umgang mit tatsächlichen  
204 Gefahrenpotenzialen. Wir schlagen folgende Maßnahmen, zur Förderung eines Sicherheitsgefühls,  
205 also zur akuten und reaktionären Symptombekämpfung vor:

- 206 1. Community-Policing (s. Antrag 152/I/2018 zum 1. Landesparteitag der SPD 2018) verringert  
207 durch einen gesamtgesellschaftlichen Präventivansatz Kriminalität und Ordnungswidrigkeiten  
208 und erhöht durch kontinuierliche Kommunikation und gemeinsame Zielsetzungen das  
209 Sicherheitsgefühl der Bürger\*innen. Community-Policing kann dementsprechend eine  
210 sinnvolle Maßnahme sein, das Vertrauen in die eigene Umgebung zu stärken. Gleichzeitig muss  
211 die Polizei aufgestockt werden.  
212
- 213 2. Mehr Beleuchtung steigert das subjektive Sicherheitsempfinden, insbesondere von Frauen. So  
214 wird ihrem „Rückzug aus dem öffentlichen Raum und [einer] Einschränkung ihrer Mobilität“  
215 entgegengewirkt. [4] Auch wenn keine Senkung der Verbrechensrate, so sind zumindest  
216 Verdrängungseffekte zu erwarten. Es wird also genau das erreicht, was von  
217 Videoüberwachung im besten Fall zu erwarten ist, ganz ohne Einschränkung der  
218 Freiheitsrechte und pauschaler Verdächtigung.

219 Wie wir bereits in den analysierenden Eingangsworten betont haben, sollte es jedoch nicht bei diesen  
220 Symptom-bekämpfenden und verdrängenden Maßnahmen bleiben. Stattdessen gilt es den wahren  
221 Unsicherheiten der Menschen zu begegnen sowie die Ursachen für die Kriminalisierung von Menschen

222 zu beseitigen um nachhaltige Maßnahmen für eine soziale Sicherheit, ein gutes Miteinander und eine  
223 partizipatorische Stadtgesellschaft zu treffen.

- 224 1. Wie im Entwurf des Beschlusstextes „Sicher leben in Berlin – wir wollen Urbane Sicherheit!“  
225 Koalitionsvertrag schon richtig festgehalten, möchte wir die dort vorgeschlagenenen  
226 Maßnahmen zur Bekämpfung sozialer Unsicherheit nur bekräftigen und dazu auffordern, diese  
227 auch wirklich umzusetzen. Es müssen also die eigentlichen Probleme und Unsicherheiten der  
228 Bürgerinnen aufgedeckt und angepackt werden. Dabei denken wir insbesondere an die Angst  
229 um eine gesicherte Zukunft, eine gerechte Entlohnung, Stärkung der Arbeitnehmerrechte,  
230 Förderung sinnstiftender Maßnahmen für Kinder- und Jugendliche, frühzeitige digitale  
231 Bildung, Abschaffung der nicht legitimen Sanktionen im Hartz 4 System sowie eine soziale  
232 Steuerung des Wohnungsmarkts.  
233 Gleichzeitig muss eine klarere ablehnende Position gegenüber Videoüberwachung und eine  
234 Grundrechts-bejahende Postition bezogen werden.
- 235 2. Wir fordern eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühls und vor allem  
236 der Zivilcourage, die insbesondere auch in Situationen von Alltagskriminalität von Nöten ist.
- 237 3. Wir fordern eine Entkriminalisierung bereits marginalisierter Personen und Gruppen und  
238 stattdessen unabhängige Unterstützung für eben diese.

239 Abschließend wollen wir festhalten, dass technische Überwachungsmaßnahmen weniger wirksam  
240 sind, als von ihren Befürworter\*innen behauptet. Begleitend mit ihrer Ausweitung entstehen  
241 unverhältnismäßig starke negative Effekte für Gesellschaften. Überwachungsmaßnahmen bekämpfen  
242 lediglich die Symptome tiefer liegender gesellschaftlicher Probleme. Maßnahmen, die diesen  
243 Symptome mindestens genauso gut, wenn nicht besser entgegnetreten können, sind eine andere  
244 Polizeiarbeit und mehr Beleuchtung in der Öffentlichkeit. Das grundlegende Unsicherheitsgefühl  
245 beseitigen kann jedoch nur eine Lösung der tieferliegenden Probleme.

## 246 **Begründung**

247 Erfolgt mündlich.

### Quellen

[1][https://www.netzwerk-datenschutzexpertise.de/sites/default/files/dvd\\_g\\_videoueberwachung\\_03.pdf](https://www.netzwerk-datenschutzexpertise.de/sites/default/files/dvd_g_videoueberwachung_03.pdf)

[2]<https://digitalcourage.de/videoueberwachung/materialsammlung>

[3]<https://www.baff.berlin/berliner-allianz-fuer-freiheitsrechte-fuer-die-sicherung-grundgesetzlich-garantierter-freiheit-hat-sich-gegruendet/>

[4]<http://www.fgsberlin.de/projekt-verkehrsforschung-einzelansicht/verkehrsforschung-beleuchtung-und-sicherheit>